



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 15. September 2022**



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

es ist gut ein halbes Jahr her, dass Russland die Ukraine überfallen und unsägliches Leid über die Menschen dort gebracht hat. Dieser Angriffskrieg löst heute noch das gleiche Entsetzen aus wie im Februar. Unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine ist ungebrochen und wir hoffen auf ein schnelles Ende der Gewalt. Unsere Haltung ist und bleibt klar: Die russische Armee muss die Kampfhandlungen sofort einstellen und sich vollständig aus der Ukraine zurückziehen.

Ich möchte mich noch einmal bei allen Menschen in Bremen und Bremerhaven bedanken, die in den vergangenen Monaten mit ganz viel Herzblut dazu beigetragen haben, dass Geflüchtete aus der Ukraine bei uns gut und mit offenen Armen empfangen werden. Ich freue mich sehr über dieses große bürgerschaftliche Engagement und über diese gelebte Solidarität!

Meine Damen und Herren,

der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende Auswirkungen auf Europa, auf Deutschland und natürlich auch auf Bremen und Bremerhaven. Wir mussten erkennen, auf welchem unsicheren Fundament die Energieversorgung unserer Wirtschaft steht und welche gravierenden Folgen die Abhängigkeit von günstiger russischer Energie hat.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Es war ein Fehler, nicht noch schneller aus den fossilen Energien auszusteigen, nicht noch stärker auf die Erneuerbaren zu setzen und nicht noch schneller die dafür notwendige Infrastruktur auszubauen. Auch wenn es wenig hilft: An Bremen und den norddeutschen Ländern hat es nicht gelegen.

Aber immerhin: Seit Anfang des Jahres bereitet sich Deutschland intensiv auf eine mögliche Gas-Mangel-Lage vor. Also darauf, dass das Gas vielleicht nicht mehr reichen könnte, um alle Wohnungen zu heizen und die Wirtschaft anzutreiben. Energiesparmaßnahmen werden beschlossen und umgesetzt, Kohlekraftwerke werden aus der Reserve geholt, die Infrastruktur für LNG wird aufgebaut, aber vor allen wird nun – endlich – der Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben.

Auch in Bremen und Bremerhaven leisten wir unseren Beitrag, um eine Energieversorgungskrise zu verhindern.

Der Senat hat hierzu bereits vor einigen Wochen entsprechende Beschlüsse gefasst. Unter anderem werden wir die Beheizung der öffentlichen Gebäude grundsätzlich bis auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindesttemperatur reduzieren.

Und wir werden die Beleuchtung im öffentlichen Raum noch schneller als bisher geplant auf energiesparende LED-Technik umstellen.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

Wir alle hatten gehofft, dass wir nach dem Höhepunkt der Pandemie endlich wieder aus dem Krisenmodus der letzten Jahre herauskommen würden. Jetzt stellen wir fest: Wir sind mitten in der nächsten Krise. Eine Krise, so fürchte ich, deren wirtschaftliche und Folgen noch weitaus größer sein werden, als die von Corona.

Unsere Aufgabe wird es sein, auch diese neuerliche Krise zunächst so gut wie möglich abzufedern und sie anschließend so schnell wie möglich zu überwinden. Aber so viel steht jetzt schon fest: Die nächsten Monate werden sehr schwierig werden. Der Staat kann und muss viel tun, um soziale und wirtschaftliche Verwerfungen zu verhindern, er kann und muss viel tun, um die Lasten der Krise gerecht zu verteilen - aber er kann die mit der Krise verbundenen Wohlstandsverluste nicht vollständig ausgleichen. Das ist die bittere Wahrheit.

Meine Damen und Herren,

die größte Gefahr geht derzeit nicht von einer möglichen Energieversorgungskrise, sondern von der sehr realen Energiepreiskrise aus. Natürlich müssen wir nach wie vor alles tun, um die Gasspeicher so schnell und so weit wie möglich aufzufüllen, damit wir gut durch den Winter kommen. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und uns in falscher Sicherheit wiegen. Aber aktuell sieht es so aus, dass die Versorgungssicherheit in den nächsten Monaten gewährleistet werden kann.

Die größere Bedrohung geht derzeit von den explodierenden Energiepreisen und den damit verbundenen Preissteigerungen auch in anderen Lebensbereichen aus. Das droht unsere Gesellschaft zu zerreißen, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Der Senat begrüßt in diesem Zusammenhang den gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen, der die Herausforderungen der Energiepreiskrise zutreffend benennt und konkrete Vorschläge zu ihrer Überwindung macht. Und wir haben natürlich auch den Antrag und die Vorschläge der Opposition als sachlichen Beitrag zur Debatte zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren,

aus Sicht des Senats müssen bei der Krisenbekämpfung vier Grundsätze gelten:

1. Wir sind solidarisch und lassen niemanden zurück
2. Wir helfen sowohl Privathaushalten als auch Unternehmen
3. Wir handeln schnell, pragmatisch und flexibel
4. Wir setzen uns für eine gerechte Finanzierung der Kosten der Krise ein

Lassen Sie mich die einzelnen Punkte kurz erläutern:

1. Wir sind solidarisch und lassen niemanden zurück

Viele Menschen in unseren beiden Städten haben angesichts der explodierenden Strom- und Gaspreise größte Sorgen, sie wissen schlicht und einfach nicht mehr, wie sie die Rechnungen noch bezahlen sollen – ob für Strom und Gas oder für die Lebensmittel im Supermarkt.

Die steigenden Energiepreise machen dabei längst nicht nur den Menschen Sorgen, die schon bislang jeden Euro zwei- oder gar dreimal umdrehen mussten, sondern auch allen, die bislang zwar bescheiden, aber mit einem sicheren Einkommen und ohne größere Geldsorgen gelebt haben.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Deshalb ist es richtig, dass wir am meisten den Menschen helfen, die am wenigsten Geld haben, sie brauchen die größte Unterstützung.

Aber es auch wichtig, dass wir an der Seite der Bürgerinnen und Bürger mit „normalen“ Einkommen stehen und auch ihnen spürbar helfen – der Verkäuferin oder dem Krankenpfleger, den Beschäftigten im Handwerk oder in der Industrie, im Hafen oder auf dem Bau.

Deshalb ist es gut, dass im September eine Energiepauschale an alle Beschäftigten gezahlt wurde. Und es ist überfällig, dass demnächst auch Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende in den Genuss einer solchen Pauschale kommen sollen. Allerdings ist fraglich, ob damit der Zeitraum bis zur Einführung eines effektiven Energiepreisdeckels überbrückt werden kann. Hier muss in Abhängigkeit von der weiteren Preisentwicklung gegebenenfalls noch nachgebessert werden.

2. Wir helfen sowohl Privathaushalten als auch Unternehmen

Es sind zunehmend auch Unternehmen, die Angst vor der Zukunft haben. Ich habe schon an verschiedenen Stellen über den Bäckermeister berichtet, mit dem ich seit mehreren Wochen in einem regen Austausch stehe. Natürlich nicht, weil er der einzige ist, der von der gegenwärtigen Krise existenziell betroffen ist, sondern weil er exemplarisch für so viele kleine und mittlere Unternehmen steht.

Der Bäckermeister hat seinen Handwerksbetrieb in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur erfolgreich durch die ein oder andere Krise manövriert, sondern war in diesem Frühjahr auch noch guten Mutes und voller Zukunftshoffnungen.

Jetzt aber, so erzählte er mir vor zwei Wochen, als ich ihn morgens in der Backstube besucht habe, jetzt wisse er nicht mehr weiter. Einen Gesellen habe er bereits entlassen, die Erweiterungspläne auf Eis gelegt und wenn er Glück habe, komme er mit einer schwarzen Null durch das laufende Jahr. Ob sein Sohn wie geplant demnächst in die Bäckerei einsteigen würde – er wisse es derzeit einfach nicht.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Oder nehmen wir unsere Stahlwerke, die vor kurzem den kleinen Hochofen aus der Produktion genommen haben, weil die Energiepreise zu hoch sind und die Nachfrage zu gering ist. Wir haben deshalb sofort die Bundesregierung angeschrieben und auf die Folgen und Konsequenzen dieser Entwicklung aufmerksam gemacht. Darauf, dass wir eine De-Industrialisierung und den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen erleben werden, wenn wir hier tatenlos zusehen. Und zwar nicht nur in der Stahlindustrie. Wir werden das auch Ende des Monats noch einmal beim Bundeskanzler zur Sprache bringen, wenn er an unserer Senatssitzung in Berlin teilnimmt.

Für mich ist klar: Neben den Privathaushalten müssen wir auch die Unternehmen im Blick haben und insbesondere die energieintensiven Betriebe unterstützen, damit sie Zeit haben, sich auf die neue Lage einzustellen und den Schock der gestiegenen Energiepreise zu bewältigen.

Andernfalls droht unsere Wirtschaft in eine tiefe Rezession zu rutschen. Und das müssen wir mit aller Kraft verhindern.

3. Wir handeln schnell, pragmatisch und flexibel

Angesichts der explodierten Preise muss die Hilfe schnell bei Privathaushalten und Unternehmen ankommen – sonst kommt sie zu spät. Die pragmatischste und wirksamste Lösung ist nach Überzeugung des Senats ein allgemeiner Strom- und Gaspreisdeckel. Dies würde den Energiepreissteigerungen einen Gutteil ihrer Wucht nehmen und damit auch die sozialen Sicherungssysteme – von der Grundsicherung bis zum Wohngeld – entlasten.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Deshalb ist es gut, dass der Bund sich jetzt zu einem Strompreisdeckel bekannt hat. Und dass er einen Gaspreisdeckel zumindest prüft. Wenn wir einen Grundbedarf für Haushalte und Unternehmen zu einem angemessenen Preis festlegen, haben wir eine doppelte Wirkung. Einen Basis-Energiepreis, der für Haushalte und Unternehmen bezahlbar ist. Und gleichzeitig einen Sparanreiz, weil jede Kilowattstunde darüber hinaus teuer vergütet werden müsste.

Insgesamt ist festzustellen, dass ein Gaspreisdeckel in der Politik immer mehr Akzeptanz findet. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, spricht sich dafür aus, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz auch, nur die Bremer CDU lehnt ihn bislang ab. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich da noch bewegen, meine Damen und Herren von der CDU.

4. Wir setzen uns für eine gerechte Finanzierung der Kosten der Krise ein

Schon die bislang vom Bund beschlossenen Entlastungspakete sorgen für dicke Löcher im bremischen Haushalt. Rund 100 Millionen Euro kosten uns die Pakete I und II und mehr als 175 Millionen wird uns nach derzeitigem Stand das Paket III kosten; wiewohl darüber mit der Bundesregierung noch zu streiten ist.

Teuer könnte es beispielsweise bei der Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket werden. Da der Bund sich bislang nur mit 1,5 Milliarden Euro an dem neuen Ticket beteiligen will, drohen auf die Länder – abhängig von dem gewählten Modell – Zusatzkosten in Milliardenhöhe zuzukommen.

Deshalb ist es eine nicht unerhebliche Frage, was am Ende der Bund zahlt und was die Länder und die Gemeinden, also auch Bremen und Bremerhaven. Wir werden darüber mit dem Bund intensiv und mit verstärkter Höflichkeit diskutieren müssen, unter anderem auf einer Sonder-MPK am 28. September.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Zumal die steigenden Energiepreise zu erheblichen Kostensteigerungen in der Verwaltung und bei den öffentlichen Gesellschaften, zum Beispiel bei den Krankenhäusern, führen werden. Aber auch bei den Zuwendungsempfängern, den sozialen und kulturellen Einrichtungen, den Sportvereinen. Sie alle werden irgendeine Form der Unterstützung benötigen.

Und die Bürgerschaft hat gestern bereits den Härtefall-Fonds aufgestockt, um denjenigen zu helfen, die ihre Strom- und Gasrechnungen wegen der Preisexplosion nicht mehr bezahlen können.

Ich weiß, dass der CDU das alles noch nicht reicht, aber der Senat trägt bei aller Bereitschaft zur Unterstützung auch die Verantwortung dafür, dass die Entlastungsmaßnahmen am Ende seriös finanziert werden können. Und deshalb muss ich hier klipp und klar sagen: Es ist nicht zu erkennen, dass hinter der von der CDU erhobenen Forderung nach einem pauschalen Abgaben- und Gebührenmoratorium ein durchdachtes Konzept steht. Ein undifferenziertes Moratorium würde den Haushalt mit einem größeren zweistelligen Millionenbetrag belasten – Geld, das dann nicht mehr für gezielte Entlastungsmaßnahmen an anderer Stelle zur Verfügung stünde.

Schon die bisher vereinbarten Entlastungspakete bedeuten ja einen enormen finanziellen Kraftakt für Bund, Länder und Kommunen in Milliardenhöhen. Am Ende muss jemand die Rechnung bezahlen und da gibt es nur drei Möglichkeiten: Wir machen mehr Schulden, wir nehmen das Geld aus dem allgemeinen Haushalt und damit von allen Steuerzahlern oder wir bitten die Krisenprofiteure zur Kasse, die nicht trotz, sondern wegen der Krise derzeit einen Rekordgewinn nach dem anderen einfahren.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

als Senat haben wir uns für den dritten Weg entschieden und setzen uns seit Monaten im Bund und im Bundesrat für eine Übergewinnsteuer ein. Weil es nicht sein kann, dass der Staat mit vielen Milliarden Euro denen unter die Arme greift, die unter den hohen Energiepreisen leiden, während andere eben wegen der hohen Energiepreise ihre Gewinne vervielfachen. Wir sind der Meinung, dass auch und insbesondere die Profiteure der Krise einen Anteil zur Bewältigung der Krise leisten müssen.

Dass die FDP jetzt ihren Widerstand in der Bundesregierung aufgegeben und der Abschöpfung beziehungsweise Vermeidung von Übergewinnen bei der Stromerzeugung zugestimmt hat, das ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass wir künftig im Energiesektor insgesamt zu einer Übergewinnsteuer kommen. In diese Richtung gehen ja auch die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission.

Auch die Bremer CDU sollte ihren Widerstand gegen die Übergewinnsteuer endlich aufgeben. Sonst sind sie, meine Damen und Herren von der CDU, irgendwann die letzten, die noch fest an die Seite der Mineralöl-Konzerne und anderer Krisenprofiteure stehen.

Meine Damen und Herren,

der Senat wird alles in seiner Macht Stehende tun, um die aktuelle Krise zu meistern. Wir werden nicht alles ausgleichen können, was diese Krise mit sich bringt, aber wir versprechen: Wir lassen niemanden alleine und niemanden zurück.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 15. September 2022 vor der Bremischen Bürgerschaft

Ich würde mich freuen, wenn wir in der heutigen Debatte gemeinsam dem Anspruch gerecht würden, die unterschiedlichen Ansätze zur Bewältigung der Krise sachlich zu diskutieren und gemeinsam um die besten Lösungen zu ringen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir die riesigen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, am besten gemeinsam bewältigen können: Staat und Gesellschaft, Bund, Länder und Kommunen, und ja, auch Regierung und Opposition im Wettbewerb um die besten Konzepte. Dass wir dazu in der Lage sind, das haben wir in der Corona-Pandemie eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich setze darauf, dass uns das noch einmal gelingt.

Vielen Dank!